

# Gericht missachtet Bürgerwillen

**Stellungnahme:** SPD Borchten kritisiert Urteil und zollt Bürgermeister Allerdissen Reiner Respekt

■ **Borchten.** Es sei nicht nur eine Enttäuschung – das sei ein „Schlag ins Gesicht“, so empfinde der Fraktionsvorsitzende Herbert Berger (SPD) das Urteil des Verwaltungsgerichtes (VG) Minden, das die aufschiebende Wirkung der Klagen gegen die geplanten Windräder in Borchten durch das Bürgerbegehren ablehnend beschieden hätte, teilt die Borchener SPD-Fraktion in einer Presseerklärung mit.

Die Menschen, die sich berechtigt gegen den weiteren unkontrollierten Ausbau der Windkraft auf ihrem Gemeindegebiet wehrten, erlebten, dass durch ein Verwaltungsgericht der Bürgerwille ausgehebelt werde. Welchen Wert habe der Bürgerwille, wenn letztendlich Gerichte darüber entschieden, was „richtig“ sei, fragen die Borchener Sozialdemokraten in ihrer Presseerklärung.

Zutiefst enttäuschend, auch wütend sei die SPD in Borchten über das Verhalten der Ratsmitglieder von CDU, FDP, FWB und den Grünen, die durch ihren Antrag, die Klage aufzuheben, erst für diese Situation gesorgt hätten. Unverständlich sei für die SPD, dass die CDU durch ihre Enthaltung in der Ratssitzung am 30. Januar 2017 erst die Klageerhebung ermöglicht habe und nun den Wünschen der Investoren folge.

Statt sich den Bürgerwillen

zu Eigen zu machen, zögen CDU und GRÜNE, sowie FDP und FWB „ihr Ding“ durch – ohne Rücksicht auf die gesundheitliche Beeinträchtigung der Bevölkerung und die zunehmende Verschandelung der Natur.

Niemand sei zu Beginn der Entscheidung, Atomkraftwerke durch regenerative Energien zu ersetzen, gegen den Bau von Windkraftanlagen gewesen.

Doch was sei daraus gemacht worden? Profitorientierte Investoren pflasterten die Landschaft zu und forderten rücksichtslos weitere Ausbaumöglichkeiten – auch wenn die Gemeinde Borchten mengenmäßig mehr als genug Windräder auf dem Gemeindegebiet habe, heißt es in der Presseerklärung weiter. Gefordert werde eine gleichmäßige Verteilung der Last – abgelehnt werde eine weitere Konzentration auf wenige Gebiete und dadurch betroffene Menschen und Natur.

Respekt gelte Bürgermeister Reiner Allerdissen, der sich als unermüdlicher Kämpfer für die Interessen der Bürger eingesetzt hätte. Ihm jetzt für sein engagiertes Verhalten von Seiten der Windkraftinvestoren ein Disziplinarverfahren beim Kreis Paderborn anzuhängen sei nicht nur eine Unverschämtheit, sondern sicher auch der Versuch, ihn mundtot zu machen.